



Abkehr vom Zuma-ANC

Südafrikas Kommunisten wollen bald bei Wahlen eigene Wege gehen. Seite 8

Randale als Videospiel

Programmierer entwickeln einen Straßenschlachtsimulator. Seite 13

Mit Maas am Küchentisch

Der Justizminister ist für Rechte und »besorgte« Bürger eine Hassfigur. In Zwickau setzte er sich mit ihnen an einen Tisch und – es lief gesittet ab. Seite 5



Foto: imago/Thomas Koehler

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 19. Juli 2017

72. Jahrgang/Nr. 166

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Schweigen zum rechten Terror

Aert van Riel über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Für die Oppositionsparteien ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Auskünften der Bundesregierung über die Hintergründe des Oktoberfest-Attentats nur ein Teilerfolg. Die Koalition ist nun dazu verpflichtet, einige Fragen von LINKEN und Grünen zu beantworten. Fraglich ist aber, wie viel diese Informationen überhaupt wert sind. So soll etwa geklärt werden, ob der Neonazi Heinz Lembke, der mit dem Anschlag in Verbindung gebracht wird, der V-Mann eines Geheimdienstes gewesen ist. Lembke ist allerdings schon lange tot und kann nicht mehr aussagen. Bei anderen Fragen folgten die Karlsruher Richter der Regierung, die möglichst viele Auskünfte verweigern will.

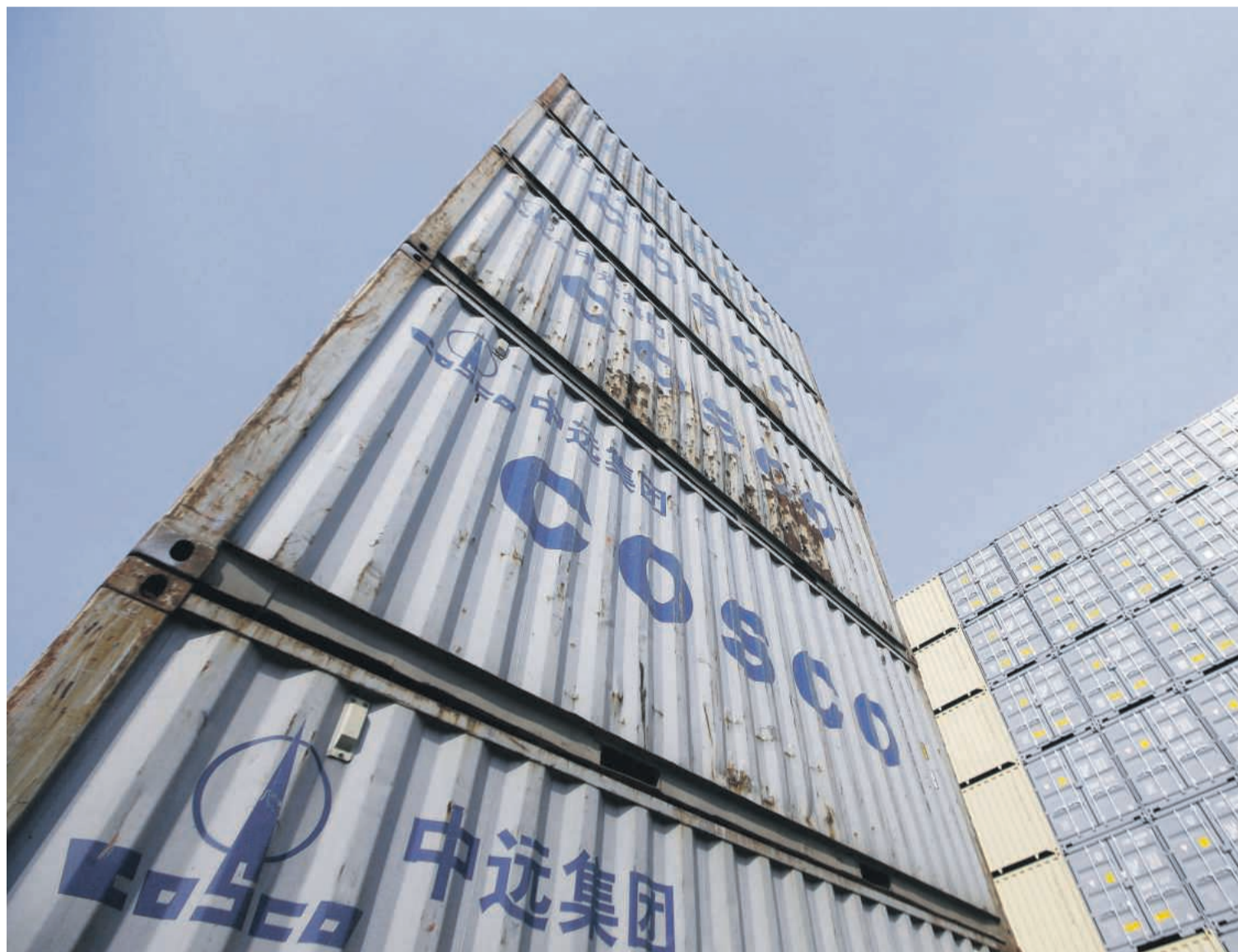
Ihre Begründung, dass das Staatswohl und V-Leute geschützt werden sollten, klingt lächerlich. 37 Jahre nach dem Anschlag würden die Informationen alte Männer betreffen, die teilweise zugegeben haben, als Spitzel tätig gewesen zu sein. Es gibt andere Gründe für die Geheimniskrämerie. Seit Jahrzehnten verharmlosen führende Politiker und Sicherheitsbehörden rechten Terror. Denn Teile des politischen Establishments haben ein Interesse an der Unterstützung aus rechten Kreisen. So waren sich etwa im Umfeld des Attentäters Gundolf Köhler Neonazis und CSU-Politiker nahegekommen. Die Union wird es zu verhindern wissen, dass Details über die unrühmliche Rolle bekannt werden, die Politiker ihrer Partei im Zusammenhang mit dem Anschlag von München gespielt haben.

UNTEN LINKS

Um ihre Grenzstreitigkeiten mit der CDU Angela Merkels beizulegen, hat die CSU Horst Seehofers den **Bayernplan** entwickelt, eine Bauanleitung für ein Grenzregime gegen illegale Unterwanderung. Dies war notwendig geworden, weil die CDU Seehofers Plan nicht folgen wollte, eine wunderschöne, ästhetisch ansprechende, neun Meter hohe Mauer entlang illegaler Wanderwege zu errichten. Vorgesehen ist nun der Bau einer wunderschönen Mauer an den Grenzen vorwiegend von Oberbayern, kurz: Obergrenze. Es handelt sich um das Pilotprojekt für eine geplante, ästhetisch ansprechende Mauer zwischen Mexiko und den USA. Über eine spätere Anbindung wird nachgedacht. Um die Baukosten im Blick zu behalten, haben sich die Strategen für eine nach oben offene Obergrenze entschieden. Die Kosten soll Österreich nach Erreichen der vollen Höhe übernehmen. Bedenken hegt München bezüglich der österreichischen Verhandlungsseite, geführt von Herrn Kurz. uka

Cosco und die Docker von Athen

Im privatisierten Hafen von Piräus wird jetzt um einen neuen Tarifvertrag gerungen



Aufstieg zur drittgrößten Container-Reederei: Cosco-Fracht

Foto: Reuters/Aly Song

Berlin. Vor ein paar Tagen machte die Nachricht Schlagzeilen, dass die chinesische Reederei Cosco ihre Rivalin Orient Overseas International aus Hongkong für umgerechnet 5,5 Milliarden Euro übernehmen will – die nächste Fusion in der Branche. Die Zusammenschlüsse sind Folge eines jahrelangen Preiskampfes infolge hoher Überkapazitäten.

Die Konkurrenz wird freilich nicht bloß zu Lasten unterlegener Mitbewerber ausgetragen, sondern auch und immer auf dem Rücken von Beschäftigten. Nicht zuletzt in Griechenland, wo Cosco schon im vergangenen Jahr bis 2051 die Nutzungsrechte am landes-

weit größten Hafen von Piräus im Großraum von Athen gekauft hatte. Wie sich das erzwungene Geschäft auf die dort Arbeitenden auswirken wird? Im Sommer läuft der bisherige Tarifvertrag aus, die Gewerkschaft der Hafendarbeiter verhandelt gerade über neue Bedingungen. Es besteht unter anderem die Sorge, dass der chinesische Konzern versucht, »die alten, gut bezahlten Arbeiter loszuwerden« und Teile der Hafendarbeiter an Subunternehmer auszulagern, sagt Gewerkschaftschef Giorgos Gogos im nd-Gespräch. Er weiß, wie man Druck macht – die rund 1000 Beschäftigten des Hafens haben früher schon gegen

die Privatisierung protestiert. Der Dockarbeiter weiß aber auch um Probleme im eigenen Lager – Zersplitterung etwa oder »die Unfähigkeit, auf die neuen Bedingungen der Krise zu reagieren«, wie es Gogos formuliert.

Eine Krise, die mehrere Dimensionen hat: eine innergriechische, eine der Austeritätspolitik der Gläubiger, eine der globalen Containerbranche. Mit der Übernahme von Orient Overseas würde Cosco zur drittgrößten Container-Reederei der Welt. Noch müssen Kartellbehörden und Aktionäre von Cosco zustimmen. Die, die für das Unternehmen arbeiten, haben dabei keine Stimme. nd Seite 3

Terror gegen Menschenrechtler

Die Türkei nimmt erneut Aktivisten unter bizarren Anschuldigungen in Untersuchungshaft

Nächste Eskalationsstufe im angespannten Verhältnis zur Türkei: Die Behörden nehmen sechs Personen in Untersuchungshaft, darunter ein Mann aus Berlin.

Berlin. Amnesty International hat die internationale Staatengemeinschaft angesichts der Verhaftungen von Menschenrechtlern in der Türkei zum Handeln aufgefordert. »Alle Staats- und Regierungschefs sind gefordert, Druck auszuüben, damit Idil Eser und die anderen Menschenrechtsverteidiger sofort und bedingungslos freigelassen werden«, teilte der Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland, Markus N. Beeko, am Dienstag mit.

Wieder ein Aufruf zu handeln, wieder Menschen in Haft, wieder in der Türkei. Ein deutscher Menschenrechtler und fünf weitere Aktivisten sind dort wegen angeblicher Terrorunterstützung in Untersuchungshaft genommen worden. Ein Gericht in Istanbul ent-

schied am Dienstag, den Deutschen Peter Steudtner, die türkische Amnesty-Direktorin Idil Eser und vier weitere Beschuldigte bis zum Beginn ihres Prozesses zu inhaftieren, wie die Menschenrechtsorganisation Amnesty International mitteilte.

Eser, sieben andere türkische Menschenrechtler sowie Steudtner und ein schwedischer Kollege waren am 5. Juli auf einer Insel vor Istanbul festgenommen worden. Vier von ihnen seien am Dienstag unter Auflagen freigegeben, sagte der Türkei-Experte von Amnesty International, Andrew Gardner. Den sechs in Untersuchungshaft befindlichen Aktivisten würden »Verbrechen im Namen einer Terrororganisation« zur Last gelegt.

Im Zuge der Repressionswelle nach dem Putschversuch vor einem Jahr sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung bislang 22 deutsche Staatsbürger in der Türkei festgenommen worden.

Das geht aus einer Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Özcan Mutlu hervor. 13 Betroffene wurden demnach wieder aus der Haft oder dem Polizeigewahrsam entlassen. Nach den Angaben der Bundesregierung handelt es sich bei den 22 Fällen sowohl um Doppelstaatsbürger als auch um Personen nur mit der deutschen Staatsbürgerschaft.

Zu den betroffenen Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft gehört auch der »Welt«-Korrespondent Deniz Yücel. Bei dessen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte will ihn nun die Bundesregierung unterstützen. Das bestätigte das deutsche Justizministerium der »Welt«. Deutschland bezieht damit Position in einem Verfahren, in dem Yücel Beschwerde gegen seine Behandlung durch die türkische Justiz eingereicht hat.

Auch im Streit um das Besuchsverbot für deutsche Abge-

ordnete zeichnet sich keine Lösung ab. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Forderungen nach einer eindeutigeren Positionierung im Streit um das Besuchsverbot für deutsche Abgeordnete in der Türkei zurückweisen lassen. Ein Sprecher machte am Dienstag deutlich, dass die Bündniszentrale in der Vermittlerrolle bleiben werde. Agenturen/nd

Kommentar Seite 4

Lesen Sie heute im Ratgeber

Pflege: Betreuung in der Urlaubszeit

Brandschutz: Sicherheit deutscher Hochhäuser

Baufinanzierung: Aus für die Extra-Gebühren

Gesundheitsreform Trumps gescheitert

Republikanische Abweichler bringen Gesetzentwurf zu Fall

Washington. Die von Präsident Donald Trump gewünschte Reform des Gesundheitssystems in den USA ist vorerst gescheitert. Zwei weitere republikanische Senatoren erklärten am Montagabend, sie würden gegen den Gesetzentwurf stimmen. Nachdem zuvor bereits zwei Parteikollegen ihren Widerstand angekündigt hatten, würden die Republikaner somit bei einer Abstimmung nicht mehr über die nötige Mehrheit verfügen.

Der Anführer der Republikaner im US-Senat, Mitch McConnell, räumte ein, dass der Gesetzentwurf gescheitert sei. Er kündigte an, in den kommenden Tagen eine Abstimmung auf den Weg zu bringen, um das als »Obamacare« bezeichnete System von Trumps Vorgänger Barack Obama mit einer Frist von zwei Jahren aufzuheben, »um eine stabile Übergangsphase« zu schaffen.

Derweil hat der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer die Pläne zur Neuverhandlung des Freihandelsabkommens NAFTA vorgestellt. Auch dies gehörte zu den wichtigen Wahlversprechen Trumps. AFP/nd Seite 16

Karlsruhe rügt Informationspolitik der Koalition

Auskunft zum Oktoberfest-Attentat wurde teils zu Unrecht verweigert

Karlsruhe. Die Bundesregierung hat nach Überzeugung des Bundesverfassungsgerichts LINKEN und Grünen Auskünfte zum möglichen V-Leute-Einsatz im Zusammenhang mit dem Oktoberfest-Attentat von 1980, bei dem 13 Menschen starben, teilweise zu Unrecht verweigert. In »eng begrenzten Ausnahmefällen« könne das parlamentarische Informationsinteresse das Recht der Bundesregierung auf Verweigerung von Auskünften zum Einsatz verdeckt handelnder Personen überwiegen, befanden die Richter in einem am Dienstag veröffentlichten Beschluss. Hintergrund waren kleine Anfragen der Bundestagsfraktionen von LINKEN und Grünen.

Die LINKE begrüßte das Urteil. Karlsruhe habe »die demokratischen Rechte des Parlaments gestützt und klargemacht, dass die Geheimhaltung der Bundesregierung das Auskunftsrecht des Parlaments verletzen kann«, erklärte die Bundestagsabgeordnete Martina Renner. AFP/nd Seite 6

547 Domspatzen misshandelt

Regensburger Chorknaben waren exzessiver Gewalt ausgesetzt

Regensburg. Der Missbrauchsskandal bei den Regensburger Domspatzen hat größere Ausmaße als bisher bekannt: Mindestens 547 Sänger des weltberühmten Chores wurden Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt. Der am Dienstag in Regensburg vorgelegte Abschlussbericht gibt dem früheren Domkapellmeister Georg Ratzinger, dem Bruder des emeritierten Papstes Benedikt XVI., eine Mitschuld. Kritik gab es auch am früheren Regensburger Bischof und heutigen Kardinal Gerhard Ludwig Müller.

Vor allem in der Vorschule, aber auch im Gymnasium sei es zu Gewalt gegen Schüler gekommen, sagte der mit der Aufklärung beauftragte Rechtsanwalt Ulrich Weber. Zwischen 1945 und Anfang der 1990er Jahre wurden dem Bericht zufolge etwa 500 Betroffene Opfer körperlicher Gewalt, die auch in der damaligen Zeit mit wenigen Ausnahmen verboten und strafbar war. In 67 Fällen kam es zu sexueller Gewalt. Die Fälle sind verjährt und somit strafrechtlich nicht mehr relevant. dpa/nd Seiten 4 und 11

ISSN 0323-3375

